



Martin Gross

# **GROSSE KOALITION, GROSSE FOLGEN?**

Die Auswirkungen schwarz-roter Regierungsbündnisse  
auf die Parteiensysteme in Bund und Ländern  
1946 bis 2009

Martin Gross

Große Koalition, große Folgen?

Die Auswirkungen schwarz-roter Regierungsbündnisse auf  
die Parteiensysteme in Bund und Ländern 1946 bis 2009

Umschlagabbildung: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus in Berlin,  
Fotografie des Autors

© Tectum Verlag Marburg, 2011

ISBN 978-3-8288-5379-9

(Dieser Titel ist als gedrucktes Buch unter der  
ISBN 978-3-8288-2698-4 im Tectum Verlag erschienen.)

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

**Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind  
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

## VORWORT

Die vorliegende Studie wurde im August 2010 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Abschlussarbeit des Masterstudiengangs „Geschichte und Politik des 20. Jahrhunderts“ eingereicht. Für die Veröffentlichung wurde die Studie an wenigen Stellen sprachlich leicht überarbeitet. Ohne die Hilfe einiger Personen wäre sie niemals in dieser Qualität zustande gekommen. Mein Dank gilt zunächst meinem Erstgutachter Prof. Dr. Torsten Oppelland und meinem Zweitgutachter Dr. Sven Leunig, die beide das Thema der Arbeit freudig aufnahmen und stets interessiert begleiteten. Ihre kritischen Anmerkungen während des Forschungsverlaufs waren mir eine große Hilfe. Darüber hinaus bin ich Dr. Tim Spier für die kollegiale Bereitstellung seines Datensatzes über die Koalitionsbildungen in den deutschen Bundesländern, der mir Informationsquelle und Vorbild zugleich war, zu Dank verpflichtet. Ein großer Dank geht an Julia Proske, die mich unermüdlich dazu antrieb, diese Arbeit fertig zu stellen. Ich kann ihr für ihren Einsatz beim Korrekturlesen des Manuskripts, für ihre berechtigte und schonungslose Kritik an Teilen der Arbeit und für ihre Aufmunterungen in Zeiten, in denen das Forschungsvorhaben nicht wie geplant voranging, gar nicht genug danken. Besonders möchte ich mich bei meinen Eltern Roswitha und Werner Gross bedanken, die mich in vielerlei Hinsicht in meinen Vorhaben unterstützt haben. Unzählige Seminararbeiten mussten sie im Laufe der Jahre Korrektur lesen und taten dies mit kaum zu überbietendem Einsatz. Nicht zuletzt wäre ohne ihre großzügige finanzielle Unterstützung ein sorgenfreies Studium kaum möglich gewesen. Als Dank für ihre Unterstützung und Liebe ist ihnen dieses Buch gewidmet.

Jena, im April 2011

*Martin Gross*



# INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT.....	5
INHALTSVERZEICHNIS.....	7
TABELLENVERZEICHNIS.....	9
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	10
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	11
1. Einleitung.....	15
2. Eine Definition des Begriffs „Große Koalition“.....	23
3. Methodisches Vorgehen und Hypothesenbildung.....	27
3.1 Die Anzahl der Großen Koalitionen in Bund und Ländern.....	29
3.2 Operationalisierung der Parteiensystemeigenschaften und weiterer Indikatoren.....	31
3.2.1 Format.....	31
3.2.2 Fragmentierung.....	33
3.2.3 Asymmetrie.....	34
3.2.4 Volatilität.....	35
3.2.5 Stärkung der politischen Ränder (Polarisierung).....	36
3.2.6 Segmentierung.....	38
3.2.7 Wahlbeteiligung.....	42
3.2.8 Gewinne/Verluste der Regierungsparteien.....	42
3.2.9 Gewinne/Verluste der weiteren Parteien.....	43
3.3 Hypothesen.....	45
4. Große Koalitionen in der öffentlichen Diskussion.....	49

4.1	Argumente für die Bildung Großer Koalitionen.....	50
4.2	Bedenken gegen die Bildung Großer Koalitionen .....	54
5.	Große Koalitionen auf Bundesebene .....	57
5.1	Bildung und Auflösung der ersten Großen Koalition (1966–1969) .....	58
5.2	Bildung und Auflösung der zweiten Großen Koalition (2005–2009).....	68
6.	Große Koalitionen auf Landesebene .....	76
7.	Auswirkungen Großer Koalitionen auf die Parteiensysteme in Bund und Ländern .....	83
7.1	Format.....	84
7.2	Fragmentierung .....	89
7.3	Asymmetrie.....	92
7.4	Volatilität.....	94
7.5	Stärkung der politischen Ränder (Polarisierung) .....	96
7.6	Segmentierung .....	100
7.7	Wahlbeteiligung.....	103
7.8	Gewinne/Verluste der Regierungsparteien .....	105
7.9	Gewinne/Verluste der weiteren Parteien .....	109
8.	Diskussion der Ergebnisse.....	115
	ANHANG .....	125
	LITERATURVERZEICHNIS .....	129
	DATENQUELLEN .....	147

## TABELLENVERZEICHNIS

<i>Tabelle 1:</i>	Hypothesen zu den Auswirkungen Großer Koalitionen auf die jeweiligen Parteiensysteme in Bund und Ländern zwischen 1946 und 2009.....	47
<i>Tabelle 2:</i>	Wahlergebnisse der vier größten Parteien bei der Bundestagswahl 1965.....	58
<i>Tabelle 3:</i>	Wahlergebnisse der vier größten Parteien bei der Bundestagswahl 1969.....	66
<i>Tabelle 4:</i>	Wahlergebnisse der fünf größten Parteien bei der Bundestagswahl 2005.....	70
<i>Tabelle 5:</i>	Wahlergebnisse der fünf größten Parteien bei der Bundestagswahl 2009.....	75
<i>Tabelle 6:</i>	Ergebnisse des Hypothesentests über die Auswirkungen von Großen Koalitionen auf die jeweiligen Parteiensysteme in Bund und Ländern zwischen 1946 und 2009.....	116
<i>Tabelle 7:</i>	Große Koalitionen auf Bundes- und Landesebene (1946–2009).....	125
<i>Tabelle 8:</i>	Ausgewählte Produktmomentkorrelationen zwischen den Veränderungen einzelner Indikatoren nach Großen Koalitionen auf Landesebene.....	127
<i>Tabelle 9:</i>	Durchschnittliche Veränderungen der einzelnen Indikatoren nach Großen Koalitionen auf Landesebene (22 Fälle).....	128

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

<i>Abbildung 1:</i>	Veränderungen des Formats nach Großen Koalitionen.....	85
<i>Abbildung 2:</i>	Veränderungen des parlamentarischen Formats nach Großen Koalitionen.....	87
<i>Abbildung 3:</i>	Veränderungen der Fragmentierung nach Großen Koalitionen.....	90
<i>Abbildung 4:</i>	Veränderungen der Asymmetrie zwischen den beiden Regierungsparteien nach Großen Koalitionen.....	92
<i>Abbildung 5:</i>	Veränderungen der Volatilität nach Großen Koalitionen.....	94
<i>Abbildung 6:</i>	Veränderungen der Polarisierung (POL 1) nach Großen Koalitionen.....	97
<i>Abbildung 7:</i>	Veränderungen der Polarisierung (POL 2) nach Großen Koalitionen.....	98
<i>Abbildung 8:</i>	Veränderungen der Segmentierung nach Großen Koalitionen .....	101
<i>Abbildung 9:</i>	Veränderungen der Wahlbeteiligung nach Großen Koalitionen.....	103
<i>Abbildung 10:</i>	Gewinne/Verluste der Regierungsparteien nach Großen Koalitionen.....	106
<i>Abbildung 11:</i>	Gewinne/Verluste der Oppositionsparteien nach Großen Koalitionen.....	109
<i>Abbildung 12:</i>	Gewinne/Verluste der außerparlamentarischen Parteien nach Großen Koalitionen.....	111

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

## Verwendete Bundesländerkürzel

BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
BE	Berlin
BB	Brandenburg
HB	Bremen
HE	Hessen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
RP	Rheinland-Pfalz
SN	Sachsen
SH	Schleswig-Holstein
TH	Thüringen

## Sonstige Abkürzungen

50Plus	50Plus Das Generationen-Bündnis
AL	Alternative Liste
APO	Außerparlamentarische Opposition
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BIW	Bürger in Wut
BP	Bayernpartei
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands

CSU	Christlich-Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFU	Deutsche Friedensunion
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DVU	Deutsche Volksunion
EPZ	Effektive Parteienzahl
FAMILIE	Die Familien-Partei Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
FN	Fußnote
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FS	Freie Sachsen
FW	Freie Wähler
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PartG	Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PIRATEN	Piratenpartei Deutschland
ProDM	Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark
REP	Die Republikaner
Schill	Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei)

SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SRP	Sozialistische Reichspartei
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
Tierschutz	Mensch Umwelt Tierschutz
WASG	Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei



# 1. Einleitung

Im Anschluss an die Bundestagswahl 2009 bildeten die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Christlich-Soziale Union (CSU) und die Freie Demokratische Partei (FDP) nach elf Jahren wieder eine schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene. Damit endete die zweite Große Koalition<sup>1</sup> seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete in ihrer Regierungserklärung 2005 das Bündnis aus CDU/CSU<sup>2</sup> und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) als eine „Koalition der Möglichkeiten“ und viele Beobachter vertraten die Ansicht, dass nur dieses schwarz-rote Regierungsbündnis<sup>3</sup> in der Lage sei, notwendige strukturelle Reformen in vielen Politikbereichen anzuschieben (Ulrich/Hildebrandt 2005; Zohlnhöfer 2009: 9). Dennoch gab es auch Stimmen, die die deutlich eingeschränkten Rechte der Opposition thematisierten. Diese besaß weder die Möglichkeit, einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, noch konnte sie eine Bundestagsondersitzung einberufen, da sie über weniger als ein Drittel der erforderlichen Parlamentsmandate verfügte (Hildebrandt 2005).

Die Kritik fiel jedoch deutlich gemäßigter aus als im Vorfeld der ersten Großen Koalition auf Bundesebene (1966–1969). In den 1960er Jahren wurden vor allem Bedenken aus demokratietheoretischer Sicht vorgetragen, die allesamt auf der Vorstellung fußten, dass sich in einer parlamentarischen Demokratie zwei große politische Parteien bzw. Lager als Regierung und Opposition gegenüberstehen müssten. Während 2005 neben den Regierungsparteien noch drei weitere Parteien – Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE<sup>4</sup> – im Bundestag vertreten waren, stell-

---

<sup>1</sup> In der Literatur gibt es verschiedene Schreibweisen für den Terminus „Große Koalition“. In dieser Arbeit wird er als feststehender Begriff für die schwarz-roten Regierungsbündnisse sowohl im Bund als auch in den Bundesländern angesehen und großgeschrieben.

<sup>2</sup> CDU und CSU werden in der Parteienforschung üblicherweise als eine Partei betrachtet, da sie weder bei Wahlen gegeneinander antreten noch in den Parlamenten miteinander konkurrieren (Niedermayer 2008a: 9, FN 1).

<sup>3</sup> In dieser Studie werden die Begriffe „schwarz-rote Koalition“, „schwarz-rotes Regierungsbündnis“, „schwarz-rote Regierung“, „CDU/CSU-SPD-Regierung“ und „CDU-SPD-Regierung“ als Synonym für den Terminus „Große Koalition“ verwendet, unabhängig davon, welche der beiden Parteien den Regierungschef stellt.

<sup>4</sup> Die heutige Partei DIE LINKE entstand aus einem Zusammenschluss zwischen der „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG) und der Partei des Demokratischen

ten 1966 die Liberalen die einzige parlamentarische Oppositionspartei. Vor der Bildung einer Großen Koalition wurde insbesondere deshalb gewarnt, da befürchtet wurde, dass dadurch links- und rechtsextremistische Parteien, vor allem die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), an Zustimmung gewinnen könnten. Wegen des „Machtkartells“ der beiden großen Parteien würden die Wähler an die politischen Ränder abwandern oder der Wahlurne fernbleiben. Dies werde unweigerlich zu einer Destabilisierung des Parteiensystems führen und in letzter Konsequenz die gesamte parlamentarische Demokratie schwer beschädigen.

Allerdings wurden solche grundlegenden Bedenken erst geäußert, als sich auf Bundesebene die Möglichkeit einer schwarz-roten Koalition abzeichnete bzw. seit Anfang der 1960er Jahre unter den Parlamentariern immer konkreter diskutiert wurde. Dabei waren Große Koalitionen auf Länderebene in der Anfangsphase der Bundesrepublik keine Seltenheit. Diese Regierungsbündnisse erregten jedoch kaum öffentliches Aufsehen, ebenso wenig wie die schwarz-roten Koalitionen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung. Dennoch betonte Zohlnhöfer (2009: 9) noch im Jahr 2009, dass viele politische Beobachter generell eine Große Koalition als „Gefahr für die Demokratie“ ansähen und für einen „demokratische[n] Sonderfall“ hielten.

Die erste schwarz-rote Koalition auf Bundesebene erregte zwar die Gemüter der Zeitgenossen, geriet jedoch ab Mitte der 1970er Jahre weitestgehend in Vergessenheit (Schmoeckel/Kaiser 1991). Erst mit der Bildung der zweiten Großen Koalition 2005 befassten sich wieder mehrere Autoren mit dem ersten schwarz-roten Regierungsbündnis und stellten Vergleiche zwischen dem Kabinett von Kurt Georg Kiesinger (CDU) und der Regierung Merkel an, wobei sie beispielsweise die jeweiligen Regierungsbildungsprozesse betrachteten (Dittberner 2007; Niclauß 2008; Pott 2008).

Die 2005 erneut geäußerten Befürchtungen gegenüber schwarz-roten Koalitionen hatten ihren Ursprung in den hitzigen Auseinandersetzungen über die erste Große Koalition im Bund. Die heftige Kritik an schwarz-roten Regierungsbündnissen auf Bundesebene kam zwar erst Mitte der 1960er Jahre auf; eine gemeinsame

---

Sozialismus (PDS) im Sommer 2007. Zur Bundestagswahl 2005 einigten sich beide Parteien darauf, dass sie erstens nicht gegeneinander antreten würden, zweitens die PDS bundesweit kandidieren solle und drittens WASG-Mitglieder die Möglichkeit haben sollten, auf den offenen Listen der PDS zu kandidieren. Die PDS benannte sich daraufhin in „Die Linkspartei“ um und trat in einigen Bundesländern unter dem Namen „Die Linkspartei.PDS“ an.

Regierung von Union und SPD wurde jedoch bereits seit der Gründung der BRD immer wieder thematisiert. Knorr (1974) umreißt die parlamentarische Diskussion zur Bildung einer Großen Koalition zwischen den Jahren 1949 und 1965 und hebt hervor, dass das schwarz-rote Regierungsbündnis 1966 nicht von heute auf morgen gebildet worden sei. Lehbruch (1971) analysiert das Zustandekommen der Großen Koalition und die Beziehungen zwischen den beiden Parteien und ihren wichtigsten Personen. Schneider (1968) untersucht die Große Koalition bereits vor ihrem Ende 1969 und befasst sich insbesondere mit der Marginalisierung der FDP als einziger Oppositionspartei. Ohne auf die damals geäußerten Bedenken gegen ein solches Bündnis einzugehen, befasst sich Eichhorn (2009) mit der Regierungstätigkeit des Kabinetts Kiesinger.

Hildebrand (1984) nimmt einen größeren Zeitraum in den Blick und skizziert das politische Leben zwischen 1963 und 1969, von der Regierung Erhard bis zum Ende der Großen Koalition. In einem 2006 erschienenen Aufsatz blickt er nochmals auf die erste Große Koalition zurück und richtet sein Augenmerk vor allem darauf, ob diese eine „Gefährdung oder [eine] Bewährung der parlamentarischen Demokratie“ dargestellt habe (Hildebrand 2006). Schönhoven (2004) betrachtet die gesamte Sozialdemokratie und ihre Verhaltens- und Vorgehensweise während der ersten Großen Koalition. Auch ausländische Beobachter blickten interessiert, aber teilweise auch mit Skepsis, auf das neuartige Regierungsbündnis zwischen den beiden großen Parteien (Engelmann 1972; Spencer 1967; Tilford 1966, 1968).

Im Zentrum der damaligen Kritik stand die enorme Machtfülle der beiden großen Parteien, die sich aus einer gemeinsamen Regierung ergeben würde. Neben der schwachen Stellung der Opposition wurden vor allem die möglichen Gefahren einer schwarz-roten Koalition für das parlamentarische Regierungssystem intensiv diskutiert (Hennis 1968; Jaspers 1966, 1967; Kaltefleiter 1967; Knorr 1975; Niethammer 1966; Schönbohm 1970).

Da die zweite Große Koalition erst vor kurzem zu Ende ging, gibt es bisher kaum Monografien oder Aufsätze, die sich mit der Regierung Merkel bis zum Ende der Legislaturperiode 2005–2009 befassen. Kulick (2007) untersucht, ob die Wähler bei der Bundestagswahl 2005 bewusst eine CDU/CSU-SPD-Regierung herbeiführen wollten und welche Koalitionsmöglichkeiten vor und nach der Wahl als politisch realisierbar angesehen wurden. Die Bildung der Großen Koalition – und die sich daraus ergebenden Folgen für die deutsche Politik – werden von ausländischen Autoren im Sammelband von Langenbacher (2006) betrachtet. Dittberner